Thüringer Landtag
7. Wahlperiode

Ausschuss für Europa, Kultur
und Medien

34. Sitzung am 3. Juni 2022

Ergebnisprotokoll
(zugleich Beschlussprotokoll)
der öffentlichen Sitzung

Beginn der Sitzung:	13.03 Uhr
Unterbrechung der Sitzung:	14.05 Uhr bis 14.25 Uhr
Ende der Sitzung:	14.50 Uhr

Tagesordnung:**Ergebnis:****I. Beratung in öffentlicher Sitzung****1. Punkt 1 der Tagesordnung:**

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Schaffung eines Rahmens für die Festlegung von Ökodesign-Anforderungen für nachhaltige Produkte und zur Aufhebung der Richtlinie 2009/125/EG; KOM (2022) 142 endg.

Unterrichtung durch die Landesregierung nach Art. 67 Abs. 4 LV i. V. m. § 54 b GO

– Vorlage 7/3696 –

dazu: – Vorlagen 7/3756/3806/3821/3831/3836/3848 /3851/3858 –

abgeschlossen

(S. 5)

Kenntnisnahme (vgl. zwischenzeitlich Drucksache 7/5635)

(S. 5)

2. Punkt 2 der Tagesordnung:

Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 2010/75/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. November 2010 über Industrieemissionen (integrierte Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung) und der Richtlinie 1999/31/EG des Rates vom 26. April 1999 über Abfalldeponien; KOM (2022) 156 endg.

Unterrichtung durch die Landesregierung nach Art. 67 Abs. 4 LV i. V. m. § 54 b GO

– Vorlage 7/3741 –

dazu: – Vorlagen 7/3757/3779/3805/3820/3831/3837 /3847/3852 –

– Vorschlag der Fraktion der CDU für eine Stellungnahme des Ausschusses (vgl. zwischenzeitlich Vorlage 7/3873)

abgeschlossen

(S. 6 – 9)

Kenntnisnahme (vgl. zwischenzeitlich Drucksache 7/5636)

(S. 9)

3. Punkt 3 der Tagesordnung:

Konsultation der Europäischen Kommission: Nachhaltiges EU-Lebensmittelsystem – neue Initiative

Unterrichtung durch die Landesregierung nach Art. 67 Abs. 4 LV i. V. m. § 54 a GO

– Vorlage 7/3807 –

dazu: – Vorlage 7/3838 –

abgeschlossen

(S. 10)

4. Punkt 4 der Tagesordnung:

Unterrichtung des Thüringer Landtags über die Ergebnisse der Plenartagungen des Europäischen Ausschusses der Regionen (AdR)

Unterrichtung durch die Landesregierung nach Art. 67 Abs. 4 LV i. V. m. § 54 a GO

– Vorlage 7/1564 –

dazu: – Vorlagen 7/1779/1957/2180/2457/2875/3086 /3433/3830 –

nicht abgeschlossen

(S. 11)

**5. Punkt 5 der Tagesordnung:
Konferenz zur Zukunft Europas**

Unterrichtung durch die Landesregierung nach Art. 67
Abs. 4 LV i. V. m. § 54 a GO

– Vorlage 7/83 –

dazu: – Vorlagen 7/316/1341/1781/1923/2130/2313
/2674/2768/2913/2940/3114/3273/3491/3496
/3674/3835 –

nicht abgeschlossen
(S. 11)

Sitzungsteilnehmer/-innen**Abgeordnete:**

Mitteldorf	DIE LINKE, Vorsitzende
Blechs Schmidt	DIE LINKE
Eger	DIE LINKE
Gleichmann	DIE LINKE
Herrgott	CDU
Kellner	CDU
Urbach	CDU
Aust	AfD
Cotta	AfD
Henke	AfD
Dr. Hartung	SPD
Henfling	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Baum	Gruppe der FDP*
Gröning	fraktionslos**

* Teilnahme gemäß § 72 Abs. 4 GO

** beratendes Mitglied gemäß § 72 Abs. 5 GO

Regierungsvertreter/-innen:

Beer	Staatssekretärin für Kultur
Krückels	Staatssekretär für Medien; Bevollmächtigter des Freistaats Thüringen beim Bund
Brandt	Staatskanzlei
Greiner	Staatskanzlei
Grönegres	Staatskanzlei
Harjes-Ecker	Staatskanzlei
Hofmann	Staatskanzlei
Meisel	Staatskanzlei
Quickert	Staatskanzlei
Schnalke	Praktikant bei der Staatskanzlei

Mitarbeiter/-innen bei Fraktion/Gruppe:

Lörzer	Fraktion DIE LINKE
Seela	Fraktion der CDU
Dr. Döring	Fraktion der SPD
Foß	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Sauerbrey	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Hofmann	Hospitantin bei der Fraktion BÜND- NIS 90/DIE GRÜNEN
Dr. Pilz	Gruppe der FDP

Landtagsverwaltung:

Forelle	Juristischer Dienst, Ausschussdienst
Heinzel	Plenar- und Ausschussprotokollierung

I. Beratung in öffentlicher Sitzung

1. Punkt 1 der Tagesordnung:

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Schaffung eines Rahmens für die Festlegung von Ökodesign-Anforderungen für nachhaltige Produkte und zur Aufhebung der Richtlinie 2009/125/EG; KOM (2022) 142 endg.

Unterrichtung durch die Landesregierung nach Art. 67 Abs. 4 LV i. V. m. § 54 b GO

– Vorlage 7/3696 –

dazu: – Vorlagen 7/3756/3806/3821/3831/3836/3848/3851/3858 –

Vors. Abg. Mitteldorf informierte, dass die mitberatenden Ausschüsse AfMJV, AfUEN und AfWWDG den Verordnungsvorschlag jeweils zur Kenntnis genommen hätten.

Abg. Urbach erkundigte sich, ob die infolge des Verordnungsvorschlags zu erwartenden höheren Preise aus Sicht der Landesregierung verhältnismäßig seien, worauf **Staatssekretär Krückels** anmerkte, dass durch die Staatskanzlei zu dieser spezifischen fachlichen Frage keine Bewertung vorgenommen worden sei. Diese Frage wäre in den zuständigen Fachausschüssen entsprechend zu erörtern gewesen.

Abg. Aust teilte mit, dass die Fraktion der AfD im mitberatenden AfUEN einen Vorschlag für eine Stellungnahme zu dem Verordnungsvorschlag vorgelegt habe, in dem Bedenken bezüglich der Einhaltung der Verhältnismäßigkeit geäußert und entsprechend begründet würden (vgl. Vorlage 7/3818). Er beantragte namens seiner Fraktion, auf diese Verhältnismäßigkeitsbedenken hinzuweisen.

Der Ausschuss lehnte den Antrag der Fraktion der AfD, die Landesregierung zu bitten, bei den Beratungen im Bundesrat auf Verhältnismäßigkeitsbedenken hinzuweisen, mehrheitlich ab.

Der Ausschuss kam überein, den Verordnungsvorschlag zur Kenntnis zu nehmen (vgl. zwischenzeitlich Drucksache 7/5635).

Der Tagesordnungspunkt wurde abgeschlossen.

2. Punkt 2 der Tagesordnung:

Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 2010/75/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. November 2010 über Industrieemissionen (integrierte Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung) und der Richtlinie 1999/31/EG des Rates vom 26. April 1999 über Abfalldeponien; KOM (2022) 156 endg.

Unterrichtung durch die Landesregierung nach Art. 67 Abs. 4 LV i. V. m. § 54 b GO

– Vorlage 7/3741 –

dazu: – Vorlagen 7/3757/3779/3805/3820/3831/3837/3847/3852 –

– Vorschlag der Fraktion der CDU für eine Stellungnahme des Ausschusses (vgl. zwischenzeitlich Vorlage 7/3873)

Vors. Abg. Mitteldorf teilte mit, dass die mitberatenden Ausschüsse AfILF, AfUEN und AfWWDG zu dem Richtlinienvorschlag jeweils Verhältnismäßigkeitsbedenken geäußert hätten. Für die heutige Sitzung sei zudem ein Vorschlag der Fraktion der CDU für eine Stellungnahme des Ausschusses als Tischvorlage verteilt worden (vgl. zwischenzeitlich Vorlage 7/3873).

Abg. Urbach legte zu den Inhalten der Stellungnahme dar, dass die Fraktion der CDU darin beantrage, bei den Beratungen im Bundesrat zu dem Richtlinienvorschlag auf Verhältnismäßigkeitsbedenken hinzuweisen, wodurch auch die seitens der mitberatenden Fachausschüsse geäußerten Bedenken aufgegriffen würden. Mit dem Richtlinienvorschlag würden zu den bereits bestehenden Vorgaben weitere Regularien geschaffen, die aus Sicht der Fraktion der CDU für viele Thüringer Betriebe nur schwer umsetzbar wären. Insbesondere vonseiten der Tierproduzenten werde bereits jetzt schon angezeigt, dass eine wirtschaftliche Tierproduktion unter Berücksichtigung aller Vorschriften nahezu unmöglich sei. Es bestehe das Risiko, dass letztlich Lebensmittel importiert würden, die unter fragwürdigen Bedingungen produziert worden seien, da in Thüringen die Produktion nicht mehr möglich sei. Vor diesem Hintergrund solle der Einschätzung der um Mitberatung ersuchten Fachausschüsse gefolgt und verdeutlicht werden, dass Bedenken im Hinblick auf die Verhältnismäßigkeit des Richtlinienvorschlags bestünden.

Abg. Henfling erklärte, dass sie dem deutlich widerspreche. Mit dem europäischen Grünen Deal sei das Ziel definiert worden, bis zum Jahr 2050 Klimaneutralität zu erreichen. Dies bedeute, dass in allen Sektoren Änderungen vorzunehmen seien, insbesondere mit Blick auf Emissionen. Wie den Vorlagen zu entnehmen sei, sei eine Kosten-Nutzen-Analyse vorgenommen worden. Die Europäische Kommission sei dabei zu dem Ergebnis gekommen, dass der

Gesundheits- und Umweltnutzen durch die Reduzierung von Methan- und Ammoniakemissionen mit 5,5 Milliarden Euro pro Jahr beziffert werden könne. Dem stünden Befolgungskosten in Höhe von 265 Millionen Euro sowie Verwaltungskosten in Höhe von 223 Millionen Euro gegenüber. Daraus ergebe sich ein überaus vorteilhafter Kosten-Nutzen-Faktor, der nicht außer Betracht gelassen werden dürfe. Die von Abg. Urbach geschilderten Problemlagen seien zweifellos gegeben. Sie seien jedoch nicht auf die Maßnahmen zur Emissionsreduzierung zurückzuführen, sondern auf andere Ursachen, die es zu lösen gelte. Der vorliegende Richtlinienvorschlag sei der Beitrag des Landwirtschafts- und Tierproduktionssektors, um die Klimaneutralität bis zum Jahr 2050 zu erreichen. Vor diesem Hintergrund sehe sie keinen Anhaltspunkt dafür, dass die Verhältnismäßigkeit nicht gewahrt sei. Sie spreche sich deshalb dafür aus, den Antrag der Fraktion der CDU nicht zu unterstützen.

Abg. Gleichmann stimmte den Ausführungen der Abg. Henfling zu. Wenn Verhältnismäßigkeitsbedenken geäußert würden, müssten diese detailliert begründet werden. Der Vorschlag der Fraktion der CDU für eine Stellungnahme enthalte indes keine konkreten Aussagen. Es werde lediglich von „massiven Bedenken“ sowie „erheblichen Kosten“ gesprochen, jedoch nicht genauer dargelegt, worauf diese Einschätzung beruhe und wer konkret betroffen sei. Auf die Ergebnisse der mitberatenden Fachausschüsse werde ebenfalls nicht eingegangen. Im Zusammenhang mit der Verhältnismäßigkeit müsse auch das Ziel des Legislativvorschlags betrachtet werden. Es gebe das sogenannte Übermaßverbot. Demnach dürften die Bestimmungen einer Richtlinie nicht über das hinausgehen, was erforderlich sei, um den Zweck der Richtlinie zu erfüllen. Ein Übermaß könne er bei dem vorliegenden Richtlinienvorschlag nicht erkennen. Er sehe zwar auch, dass es bei der Umsetzung zu Herausforderungen kommen könne, die Verhältnismäßigkeit sei dennoch seiner Einschätzung nach gewahrt. Vor diesem Hintergrund spreche er sich ebenfalls dagegen aus, auf Verhältnismäßigkeitsbedenken hinzuweisen.

Abg. Kellner merkte an, an welchen Stellen es konkret zu Kostensteigerungen kommen werde, sei ihm im Einzelnen nicht bekannt. Dass es Kostensteigerungen geben werde, lasse sich letztlich jedoch aus dem Richtlinienvorschlag entnehmen, indem unter anderem strengere Genehmigungsverfahren für Anlagen vorgegeben und bestimmte Grenzwerte festgelegt würden. Damit seien Kosten verbunden. Der Richtlinienvorschlag treffe jedoch keine Aussagen darüber, wie diese Kosten kompensiert werden sollen. Insbesondere die Lebensmittelindustrie stehe unter einem sehr großen Preisdruck. Zum Schluss würden die höheren Kosten wieder auf den Verbraucher umgelegt. Auch dies müsse bei der Abwägung berücksichtigt werden. Gleichzeitig gebe es bereits jetzt schon eine gewisse Ungleichbehandlung in der EU. Während die Saisonarbeiter in den Landwirtschaftsbetrieben etwa in Spanien einen Stundenlohn von 4 Euro erhielten, seien in Deutschland derzeit noch 9,82 Euro und demnächst 12 Euro je

Stunde zu entrichten. Dies wirke sich entsprechend auf den Preis der Produkte aus. Dadurch entstehe ein Wettbewerbsnachteil für die deutschen Landwirtschaftsbetriebe. Wenn die Vorgaben nun verschärft würden, treibe dies die Preise zusätzlich nach oben. Vor diesem Hintergrund sei es seiner Einschätzung nach gerechtfertigt, die Einhaltung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes infrage zu stellen und zumindest eine Verhältnismäßigkeitsprüfung auf EU-Ebene anzuregen.

Abg. Urbach betonte, dass bereits seit einigen Jahren seitens der Landwirtschaftsbetriebe mit Tierhaltung angezeigt werde, dass deren Arbeit unter den derzeit geltenden Bedingungen bereits nicht wirtschaftlich sei. Wenn zusätzliche Regelungen hinzukämen, die zu einer weiteren Erschwernis führten, sei es aus Sicht der Fraktion der CDU gerechtfertigt, Bedenken im Hinblick auf die Verhältnismäßigkeit eines Richtlinienvorschlags der Europäischen Kommission zu äußern. Es gehe letztlich darum, einerseits die Versorgungssicherheit aufrechtzuerhalten und andererseits nicht nur den landwirtschaftlichen Betrieben, sondern auch den Industrie- und Chemiebetrieben zu ermöglichen, zu wirtschaftlichen Kosten produzieren zu können. Die von Abg. Henfling angesprochene Problematik bedürfe zwar auch einer Lösung, die Frage sei hierbei jedoch, zu welchem Preis und ob die Thüringer Landwirtschaft diesen Preis auch bezahlen könne.

Abg. Aust äußerte, dass sich die Fraktion der AfD dem Antrag der Fraktion der CDU, auf Verhältnismäßigkeitsbedenken hinzuweisen, anschließe, da durch die von dem Richtlinienvorschlag Betroffenen zahlreiche Argumente geliefert worden seien, die diesen Antrag unterstützten. Unter anderem habe die Interessengemeinschaft der Schweinehalter Deutschlands darauf hingewiesen, dass der in Rede stehende Richtlinienvorschlag im Bereich der Tiermast zur Existenzgefährdung der heimischen Landwirtschaft führe. Vor diesem Hintergrund werde die Fraktion der AfD dem Antrag zustimmen.

Staatssekretär Krückels legte dar, dass es womöglich einen politischen Dissens zu den Vorschlägen der Kommission gebe. Der Hinweis auf Verhältnismäßigkeits- oder Subsidiaritätsbedenken sei jedoch das falsche Instrument, um diesem Dissens Ausdruck zu verleihen. Hierfür gebe es andere Mittel. So habe etwa die Landesregierung auch ihren Dissens im Hinblick auf das Entlastungspaket gegenüber der Bundesregierung angezeigt, da dieses mehr als hälftig durch die Länder getragen werden solle, wobei zuvor keine Absprache mit den Ländern erfolgt sei. Er wolle in diesem Zusammenhang außerdem darauf hinweisen, dass auch die Landtagsverwaltung ebenso wie die Landesregierung zu dem vorliegenden Richtlinienvorschlag keine Bedenken bezüglich der Einhaltung des Subsidiaritäts- und Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes geäußert habe.

Abg. Urbach sagte, dass es aus Sicht der Fraktion der CDU nicht nur darum gehe, ob mit den vorgeschlagenen Maßnahmen das beabsichtigte Ziel erreicht werde, sondern auch, wie das Ziel erreicht werde. Die mit dem vorliegenden Richtlinienvorschlag vorgeschlagenen Maßnahmen seien aus Sicht seiner Fraktion vor diesem Hintergrund unverhältnismäßig.

Unter Bezugnahme auf die Aussage, dass die Landesregierung gegenüber der Bundesregierung ihren politischen Dissens anzeige, erkundigte er sich, ob die Landesregierung auch die seitens der mitberatenden Fachausschüsse deutlich geäußerte Kritik entsprechend übermitteln werde.

Staatssekretär Krückels teilte mit, dass er hierzu keine abschließende Auskunft geben könne, da die einzelnen inhaltlichen Beratungen im Bundesrat dem Ressortprinzip unterlägen. Wenn etwa das TMIL aus seiner fachlichen Sicht kritische Anmerkungen habe, werde es diese in dem entsprechenden Bundesratsausschuss vortragen. Ihm sei jedoch nicht bekannt, ob dies bei dem in Rede stehenden Richtlinienvorschlag der Fall sei. Die Vertreter des TMIL hätten auch die Diskussion im Fachausschuss wahrgenommen, gleichwohl könne er die zuständige Ministerin nicht anweisen, die Kritik auch im Bundesratsausschuss vorzubringen. Er könne sie lediglich darüber in Kenntnis setzen, dass es auch im AfEKM hierzu noch einmal eine kritische Auseinandersetzung gegeben habe.

Abg. Henke wies darauf hin, dass mehrere Fachausschüsse den Richtlinienvorschlag beraten hätten und dabei zu einem gleichen Ergebnis gekommen seien. Im Übrigen sei das Thema „Bürokratie“ seiner Ansicht nach zu wenig beleuchtet worden. Wenn der Richtlinienvorschlag in der vorliegenden Form angenommen werden würde, würde aufgrund der Nachweispflichten noch mehr Bürokratie auf die Landwirte zukommen, die ihre Arbeit aber auf den Feldern vollbringen wollten. Dort hätten sie bereits genug zu tun. Vor diesem Hintergrund schließe sich die Fraktion der AfD dem Antrag der Fraktion der CDU an.

Vors. Abg. Mitteldorf bat darum, zu berücksichtigen, unter welchen Prämissen der AfEKM seine Entscheidungen treffe.

Der Antrag der Fraktion der CDU, die Landesregierung zu bitten, bei den Beratungen im Bundesrat auf Verhältnismäßigkeitsbedenken hinzuweisen, fand nicht die erforderliche Mehrheit.

Der Ausschuss kam überein, den Richtlinienvorschlag zur Kenntnis zu nehmen (vgl. zwischenzeitlich Drucksache 7/5636).

Der Tagesordnungspunkt wurde abgeschlossen.

3. Punkt 3 der Tagesordnung:

Konsultation der Europäischen Kommission: Nachhaltiges EU-Lebensmittelsystem – neue Initiative

Unterrichtung durch die Landesregierung nach Art. 67 Abs. 4 LV i. V. m. § 54 a GO

– Vorlage 7/3807 –

dazu: – Vorlage 7/3838 –

Vors. Abg. Mitteldorf wies darauf hin, dass in Vorlage 7/3838 ein schriftlicher Bericht der Landesregierung vorliege.

Staatssekretär Krückels informierte, dass im zweiten Abschnitt des schriftlichen Berichts eine falsche Jahreszahl stehe. Die von der Europäischen Kommission geplante Verordnung solle im IV. Quartal 2023 verabschiedet werden.

Abg. Aust fragte, wie viele Flächen von Ackernutzboden derzeit in Thüringen brachlägen und ob die Ausweisung von 5 Prozent des Ackerlands als im Interesse der biologischen Vielfalt genutzte Flächen für Ökologisierungszahlungen unter den gegebenen Umständen sinnvoll erscheine, worauf **Staatssekretär Krückels** anmerkte, dass es sich hierbei um fachliche Fragen handele, die in den Zuständigkeitsbereich des TMIL fielen und seitens des mitberatenden AfILF hätten aufgerufen werden sollen. Die inhaltlichen Diskussionen im Zusammenhang mit europarechtlichen Fragen sollten nicht im zuständigen Fachausschuss und im AfEKM doppelt geführt werden. Vor diesem Hintergrund bitte er um Nachsicht, dass er auf diese Fragen nicht näher eingehen könne.

Abg. Henfling interessierte im Hinblick auf die Nachhaltigkeitskennzeichnung, ob es diesbezüglich bereits konkretere Überlegungen gebe, wie die Kennzeichnung erfolgen solle, was **Staatssekretär Krückels** verneinte. Die Europäische Kommission arbeite derzeit daran, über den Konsultationsprozess und Befragungen ein Raster zu entwickeln. Da die Verordnung für das IV. Quartal vorgesehen sei, gehe er davon aus, dass dieses Raster frühestens Ende dieses Jahres oder im Laufe des nächsten Jahres vorgelegt werde.

Der Tagesordnungspunkt wurde abgeschlossen.

4. Punkt 4 der Tagesordnung:**Unterrichtung des Thüringer Landtags über die Ergebnisse der Plenartagungen des Europäischen Ausschusses der Regionen (AdR)**

Unterrichtung durch die Landesregierung nach Art. 67 Abs. 4 LV i. V. m. § 54 a GO

– Vorlage 7/1564 –

dazu: – Vorlagen 7/1779/1957/2180/2457/2875/3086/3433/3830 –

Vors. Abg. Mitteldorf teilte mit, dass in Vorlage 7/3830 ein schriftlicher Bericht der Landesregierung vorliege.

Der Tagesordnungspunkt wurde nicht abgeschlossen.

5. Punkt 5 der Tagesordnung:**Konferenz zur Zukunft Europas**

Unterrichtung durch die Landesregierung nach Art. 67 Abs. 4 LV i. V. m. § 54 a GO

– Vorlage 7/83 –

dazu: – Vorlagen 7/316/1341/1781/1923/2130/2313/2674/2768/2913/2940/3114/3273/3491
/3496/3674/3835 –

Vors. Abg. Mitteldorf wies darauf hin, dass in Vorlage 7/3835 ein schriftlicher Bericht der Landesregierung zugegangen sei. Die Vorlage umfasse ebenfalls den Abschlussbericht der Konferenz zur Zukunft Europas, der jedoch nicht in Papierform verteilt worden sei, sondern lediglich über das AIS abgerufen werden könne.

Abg. Henfling regte an, den Tagesordnungspunkt noch nicht abzuschließen, da im schriftlichen Bericht der Landesregierung darauf hingewiesen worden sei, dass derzeit noch die Auswertungen in den Fachressorts erfolgten. Sie schlage vor, diese abzuwarten.

Der Ausschuss kam überein, den Tagesordnungspunkt nicht abzuschließen.